

Wie behandelt man Konflikte in der Mobilfunkdiskussion?

Eine Befragung von politischen Akteuren sollte herausfinden, wie gut Politiker über das Thema Bescheid wissen und welche Relevanz es in ihrem Bereich hat. Die Studie zeigt auf, was bisher nicht optimal gelaufen ist und was künftig verbessert werden kann. Es geht also um die Frage, wie die Politiker mit den geeigneten Informationen versehen werden und wie die Kontrahenten erfolgreich miteinander kommunizieren können.

Um herauszufinden, wie man in der Politik auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene mit der Diskussion um die Gesundheitsrisiken durch Mobilfunk umgeht, wurden in den Jahren 2012 und 2013 Interviews mit 50 Personen durchgeführt, die in der Politik arbeiten (z. B. Bürgermeister, Verwaltungsangestellte, Abgeordnete). Die Interviews dauerten 25–60 Minuten. Bei 11 000 Kommunen und über 600 Bundespolitikern ist das keine repräsentative Untersuchung, die eingeschränkte Aussagefähigkeit hat.

Die Antworten zur Relevanz des Mobilfunkthemas ergaben akute Konflikte in Bayern und Baden-Württemberg, auf dem Land stärker als in Städten, weil dort die technischen Anlagen weniger wahrgenommen werden. Auf dem Land sind auch die Entscheidungsträger, z. B. die Bürgermeister, bekannt und die direkte Kommunikation häufiger. In Sachsen und Berlin ist es kein Thema. Auf Bundesebene ist Mobilfunk „kein politisches Top-Thema“, hier sind es eher die Hochspannungsleitungen, die im Zuge der Energiewende gebaut werden sollen. Die Befragten haben ein kritisches Verhältnis zur Wissenschaft, der Auftraggeber der Forschung ist entscheidend. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und staatliche Forschung hat kaum Glaubwürdigkeit. „Der Glaube daran, dass Wissenschaft von der Politik instrumentalisiert wird, ist gerade in den Kommunen weit verbreitet.“

Aufgrund der Ergebnisse der Interviews werden Empfehlungen gegeben. Die Abgeordneten-, Fraktions- und Ausschussmitglieder des Bundestages sollen Informationen bekommen können und in Workshops zum Thema „Gesundheit und Umweltrisiken“ sollen „ausgewiesene Experten Hintergrundinformationen vermitteln sowie praxisorientiert zentrale Fragestellungen des Strahlenschutzes erläutern.“ Gleich im nächsten Satz werden SSK und BfS genannt, die „ihre Kommunikation verbessern“ könnten, „um als ein Vertreter (man beachte – als ein Vertreter) der „nahen Wissenschaft“ wahrgenommen zu werden.“ Zur Unterstützung der Kommunalpolitik sollen „Kommunalbeauftragte“ eingesetzt werden, die bei der Suche nach „geeigneten Vertretern der nahen Wissenschaft“ helfen. Als Fußnote steht dazu, was „nahe Wissenschaft“ ist: „d. h. diejenige, der man nahe steht und die deshalb besonders vertrauenswürdig ist.“

Grundsätzlich besteht das Problem, dass nicht jeder Politiker und dessen Mitarbeiter weiß, wo das Fachwissen zu finden ist. Dazu steht auf den Seiten 28/29: „Expertise ist eine weitere zentrale Frage. Hierbei geht es um die Klärung, wer für welche Fragen des Themenkomplexes „Mobilfunk und Gesundheit“ über das erforderliche Fachwissen verfügt, um eine kompetente Bewertung leisten zu können. Hier sollte Politik unterstützt werden, kritische Nachfragen zu stellen. Denn, um ein Beispiel zu geben, nicht jeder Arzt ist Experte für Risikofragen und nicht jeder Baubiologe oder Architekt kann kompetent die wissenschaftliche Fachliteratur zu den gesundheit-

lichen Wirkungen des Mobilfunks auswerten.“ Wo bekommt man die richtigen Informationen, und welche sind das? Das steht auf S. 28: „Informationen zur Vorsorge beim Mobilfunk sollte vermitteln, dass sich Vorsorge auf mögliche, aber eben nicht nachgewiesene Risiken bei Einhaltung der Grenzwerte bezieht.“ Als Informationsquellen mit Expertenwissen sind u. a. die SSK und die wissenschaftliche Zeitschrift „Radiation Research“ empfohlen, die dafür bekannt sind, industrienah zu sein.

Aus den erhobenen Daten ergeben sich für die Autoren „Neue Aufgaben für Vermittler zwischen Politik und Wissenschaft“, so die Überschrift des Kapitels (S. 29). Da wird dem BfS und der SSK empfohlen, „ihre Mission“ zu überdenken. Zitat: „Zwar hat die SSK den primären Auftrag, das Bundesministerium für Umwelt Naturschutz und Reaktorsicherheit in den Angelegenheiten des Schutzes vor Gefahren ionisierender und nichtionisierender Strahlen zu beraten. Die SSK könnte aber davon profitieren, stärker darauf hinzuwirken, dass sie bei den Meinungsbildern in Sachen EMF der verschiedenen Fraktionen auch bekannt ist und gehört wird. Hier bietet sich die Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung an ...“.

Zum Schluss wird in „Konsequenzen für die Forschung zur Risikokommunikation“ (S. 30) geraten, bezüglich der Grenzwerte die Informationen verständlicher zu gestalten. Es gibt in der Öffentlichkeit auch ein Vertrauens-Problem mit Vorsorgemaßnahmen: „Information über Vorsorge mindert das Vertrauen in das Risikomanagement.“ Auch die „Grenzwert-Kommunikation“ muss nach „dem geeigneten Ansatzpunkt“ suchen, wie man bestimmte Zielgruppen erreichen kann.

Quelle:

Wiedemann P, Börner F (2014): Mobilfunk-Kontroverse und Politik – Interviews mit Bundes-, Landes- und Kommunalpolitikern. Wissenschaftsforum EMF, 31 Seiten

Kommentar:

Die Umfrage unter 50 Politikern war anscheinend nur der Aufhänger, um der Politik die richtige Vorgehensweise beizubringen. Wie behandelt man also Konflikte? Indem man die kritische Auffassung in den Kommunen als „Glaube“ bezeichnet und man denen als Gegenmaßnahme die „nahe Wissenschaft“ nahe bringt. Die „nahe Wissenschaft“ soll von BfS und SSK vermittelt werden, die beide ihre Kommunikation mit der Politik unbedingt verbessern sollten, damit sie als Ansprechpartner bekannt werden. Es gibt eine große Anzahl an wissenschaftlichen Publikationsorganen und viele unabhängige Wissenschaftler, ebenso genügend unabhängige Institutionen mit kompetenten Wissenschaftlern, über die man seriöse Informationen bekommen kann. Diese unverhohlenen Empfehlungen, in der Politik die passenden (politik- und industriefreundlichen?) Aussagen der Wissenschaft zu suchen, sind bemerkenswert. Da wird also klar gesagt, man müsse in der Politik darauf achten, dass man die richtige Wissenschaft oder die richtigen Wissenschaftler zu Rate zieht. Gut. Die richtigen Anlaufstellen für Politiker sind das BfS und die SSK, die einem die richtige Wissenschaft nahe bringen? „In der Bundesrepublik besitzen Organisationen wie das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) eine hohe Bedeutung für die unabhängige Politikberatung. Es ist für die Politik ein Vertreter der nahen und deshalb glaubwürdigen Wissenschaft.“ (S. 5). Diese gebetsmühlenartig wiederholte Aussage über die nahe und glaubwürdige Wissenschaft befremdet.

Wie war das noch – die Erde ist eine Scheibe und sie wurde vor 5000 Jahren erschaffen, oder?